

## Öffentlicher Nahverkehr im Kanton Zürich

# Rosinen picken

**Wie hängen der neu geschaffene Beruf «TrampilotIn light», das Defizit des Zürcher Verkehrsverbands (ZVV) von 450 Millionen Franken sowie die deutliche Ablehnung des Rahmen-GAV im Kantonsrat zusammen? Sie sind Ausdruck einer rechten Verkehrspolitik, wie sie die FDP auf kantonaler und städtischer Ebene seit über 20 Jahren rücksichtslos auf Kosten des Personals durchsetzt. Die Löhne im Betrieb stagnieren, während die Belastungen und Erschwernisse stetig zunehmen.**

Anfang Mai hat der Zürcher Kantonsrat das Postulat von Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon), Beat Bloch (CSP, Zürich) und Markus Bischoff (AL, Zürich) zur Anerkennung des Rahmen-Gesamtarbeitsvertrags im öffentlichen Nahverkehr des Kantons Zürich (KR-Nr. 19/2021) mit 111:55 Stimmen deutlich abgelehnt – in der Debatte betonte Regierungsrätin Walker-Späh, das Begehren könne aus «technischen Gründen» nicht angenommen werden. SVP, GLP und FDP schmetterten so das Anliegen zum Schutz der Anstellungsbedingungen deutlich ab.

Knapp sechs Wochen später hat der ZVV die Zahlen aus dem Pandemiejahr 2021 präsentiert: Das Defizit sei auf über 450 Millionen Franken angewachsen, die Reserven der Transportunternehmen aufgebraucht und der Selbstfinanzierungsgrad auf 57 Prozent gesunken. Nur zwei Tage danach haben die VBZ ein Stelleninserat geschaltet, das im Betrieb hohe Wellen geschlagen hat. In einer Schnellbleiche sollen Studierende in 26 statt 43 Tagen eine Ausbildung durchlaufen und nur auf den beiden Linien der Verkehrsbetriebe Glattal AG (VBG) unterwegs sein, welche

das Personal der VBZ mietet. Den Studierenden wurden auf allen Kanälen «Traumjobs» angeboten, in denen sie in einem 10- bis 20%-Pensum, wann immer sie wollten, arbeiten, zwischen 30 und 35 Franken pro Stunde verdienen (ohne Pensionskassenleistungen notabene), in 26 Ausbildungstagen 6400 Franken bekommen und erst noch vom Halbtax-Abo und weiteren städtischen Leistungen profitieren können. In einem 10- bis 20%-Pensum.

Die VBZ-Mitarbeitenden und ihre Verbände haben von diesen Plänen aus den Medien erfahren und sofort um ein Treffen mit der VBZ-Direktion ersucht. An diesem ist klar geworden, dass die VBZ die Verbände bei der Vorbereitung des Pilotprojekts bewusst nicht miteinbezogen haben, es bestehe keine gesetzliche Pflicht dazu. Darum haben die drei Verbände bei Stadtrat Michael Baumer interveniert und dargelegt, dass sie auf ihr Anhörungs- und Mitwirkungsrecht nicht verzichten werden. Solange kein gemeinsames Verständnis über die Auslegung von Art. 144 ABPR – den Spielregeln zur Mitwirkung der anerkannten Personalverbände – bestehe, also über die Frage der Mitwirkung der Verbände bei Geschäften, welche personelle oder organisatorische Änderungen mit sich bringen, sei die Grundlage für weitere Treffen im Rahmen der Verhandlungen um die betriebliche Vereinbarung nicht mehr gegeben. Die gewerkschaftlich organisierten Mitarbeitenden pochen auf ihr Mitwirkungsrecht und haben für das Pilotprojekt «TrampilotIn light» eine Sistierung bis zum Abschluss einer ordentlichen Vernehmlassung gefordert. Die Antwort ist hängig.

Duri Beer

## Kommentar:

### Respekt statt Ignoranz

Die im VPOD organisierten VBZ-Mitarbeitenden haben vor rund zehn Jahren mit einer Depotblockade einen Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag für die Nahverkehrsbetriebe im Kanton Zürich durchgesetzt. Der damalige VBZ-Direktor sprach von einem «Meilenstein», der damalige Stadtrat von einem «historischen Moment». Gemeinsames Ziel war, bei Ausschreibungen und Zielvereinbarungen die Anstellungsbedingungen jenes Teils des Personals zu schützen, das jeden Tag die Fahrzeuge in Betrieb hält und die Passagiere sicher von A nach B transportiert. Rund 90 Prozent des Personals und ihre Transportunternehmen unterstehen dem Rahmen-GAV. Trotzdem foutiert sich der Zürcher Regierungsrat und der Verkehrsverbund ZVV darum, wie in der Antwort des Stadtrats aus einer Anfrage des Gemeinderats klar wurde.

Auch die rechtsbürgerliche Mehrheit im Kantonsrat lehnt ihn ab – und damit den Schutz der Mitarbeitenden im öffentlichen Nahverkehr vor Sozial- und Lohndumping. Die Mehrheit will

den Selbstfinanzierungsgrad des öffentlichen Verkehrs nach der Pandemie wieder nach oben schreiben – so profilieren sich schliesslich jene, die zwar nicht hinter dem Steuer sitzen, aber vorgeben, für umweltverträgliche Mobilität und die Qualität der Dienstleistung einzustehen. Der Vorstoss von SVP-Exponenten im Zürcher Gemeinderat Ende Juni zum Ausbau der Schnellbleiche-Ausbildung zur «TrampilotIn light» lässt tief blicken. Im ersten Schritt sollen die Junior-TrampilotInnen nur die VBG-Linien 10 und 12 bedienen – die Aktiengesellschaft VBG wird dies gern sehen. In einem zweiten Schritt soll dann der Pilotversuch auf das ganze Netz des ZVV ausgeweitet werden. Die Pläne der rechten DemoliererInnen des Service public aus SVP und FDP sind nur zu offensichtlich.

Ein Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag, der keine Wirkung entfaltet, ist nicht viel mehr als toter Buchstabe. Dies gilt auch für die Friedenspflicht.

Duri Beer

## 2-mal Nein zur AHV 21 am 25. September

# Junge Rechte will Rentenalter 67+ für alle

Am 1. Juli hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB die Abstimmungskampagne für 2-mal Nein zum Abbau der AHV am 25. September lanciert, während schon die nächste AHV-Abbauvorlage im Parlament angekommen ist: Unter dem Vorwand der Demografie will die «Renteninitiative» der Jungfreisinnigen die solidarisch finanzierte Altersvorsorge weiter schwächen.

Ein breites Bündnis hat das Referendum gegen AHV 21 ergriffen, weil mit der AHV-Vorlage einseitig auf Kosten der Frauen gespart wird. Obwohl Frauen um einen Drittel tiefere Altersrenten erhalten, sollen ihre Renten im nächsten Jahrzehnt um 7 Milliarden Franken gekürzt werden. Damit verlieren sie rund 26 000 Franken Einkommen. Und das ist nur der erste Schritt: Rentenalter 67 für alle steht auf dem Programm. Das Referendumskomitee bekämpft im Umfeld von explodierenden Preisen und Prämienschock auch die Mehrwertsteuererhöhung und sagt am 25. September klar 2-mal NEIN zum AHV-Abbau.

Seit der Einführung der AHV warnen Grossbanken und Versicherungen sowie ihre politischen VertreterInnen mit tiefroten AHV-Prognosen. Tatsache ist: Die seit Jahrzehnten prognostizierten Milliardendefizite in der AHV sind bisher nicht eingetroffen. Die AHV schloss die schwierigen Corona-Jahre 2020/21 mit einem Plus von rund 2,5 Milliarden Franken ab. Sie hat heute



Bild: VPOD Zürich

Am 14. Juni. Tausende Frauen demonstrieren für ein Nein zur AHV 21.

ein Vermögen von fast 50 Milliarden Franken – und dieses wird in den nächsten 5 Jahren noch zunehmen.

Anstatt wie behauptet die Jungen zu entlasten, entlarvt die Initiative der Jungfreisinnigen die Arbeitnehmenden-feindliche Agenda in der Altersvorsorge: Sie will nichts anderes, als dass Vermögende weiterhin mit einer hohen Rente mit 60 in Pension gehen und damit lange leben können, während die Kassiererin, die Pflegerin oder der Lagerist bis 67 arbeiten müssten, um dann nur wenige gute Jahre im Ruhestand verbringen zu können. Für 92 Prozent der Arbeitnehmenden lohnt sich eine starke AHV. Nur die 8 Prozent der Topverdienenden bezahlen mehr als sie erhalten. Grund genug für die Jungfreisinnigen, zur wilden Treibjagd gegen die soziale Altersvorsorge zu blasen. Der VPOD wird sich vehement gegen diese Aushöhlung der AHV einsetzen.

## Stadt Zürich: Tagesschul-Abstimmungen am 25. September

# Zwei Varianten stehen zur Auswahl

**Für die definitive Einführung von Tagesschulen in der Stadt Zürich bedarf es einer Änderung der Gemeindeordnung, über die in diesem Jahr abgestimmt werden soll. Zudem wird die Stimmbevölkerung zwischen zwei verschiedenen Varianten der Tagesschule wählen können.** Nach dem erfolgreich durchgeführten Pilotprojekt soll die Tagesschule nach dem Modell der Stadt Zürich in Etappen definitiv eingeführt werden. Eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat verabschiedet (GR Nr. 2021/161). Gleichzeitig hat er eine Verordnung über die Tagesschulen der städtischen Volksschule erlassen. Diese weicht in wesentlichen Punkten von der ursprünglichen Vorlage ab, die der Stadtrat dem Gemeinderat überwiesen hatte. Gegen die Verordnung des Gemeinderats wurde das Parlamentsreferendum ergriffen, so dass neben der Änderung der Gemeindeordnung auch die vom Gemeinderat beschlossene Verordnung zur Abstimmung kommt.

Da der Stadtrat nun die Änderungen durch den Gemeinderat nicht akzeptiert, nimmt er sein Doppelantragsrecht wahr und legt den Stimmberechtigten auch seine Variante für eine «Tagesschule light» vor. Ausschlaggebend für den Beschluss, das Doppelantragsrecht zu nutzen, seien für den Stadtrat im Wesentlichen die Finanzen, wie er in der Medienmitteilung von Ende Mai festhält: Durch die Änderungen des Gemeinderats würden sich diese schätzungsweise auf 126 Millionen Franken jährlich erhöhen – ein gut

investierter Betrag für Wissen, Bildung und Betreuung unserer Kinder und Jugendlichen.

### Die beiden Vorlagen:

- Definitive Einführung der Tagesschule, Änderung der Gemeindeordnung (GR Nr. 2021/161)
- Definitive Einführung der Tagesschule, Verordnung über die Tagesschulen (VTS) (Parlamentsreferendum, GR Nr. 2021/161), Variante des Stadtrats und Variante des Gemeinderats

Im VPOD diskutieren die beiden Sektionen Lehrberufe und Stadt und Institutionen die Vorlage und beschliessen eine Parole, die zur gegebenen Zeit auf der Website publiziert wird.

Duri Beer

## Abstimmungsparolen 25. September 2022

### Eidgenössische Vorlagen

- Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer **NEIN**
- Änderung des Bundesgesetzes über die AHV **NEIN**
- Änderung über das Gesetz der Verrechnungssteuer **NEIN**

**Die Parolen zu den kantonalen und kommunalen Vorlagen sind noch nicht gefasst und werden auf der Website publiziert.**

## Agenda

**Dienstag, 16. August**  
Movendo Webinar «Meine Verantwortung in der digitalen Arbeitswelt» online

**Freitag, 26. August**  
Verbandskommission Gesundheit  
Bern oder online

**Donnerstag, 1. September, 9.30–17.00 Uhr**  
Das System der Altersvorsorge, Weiterbildung  
Bern, Hotel Bern

**Donnerstag, 1. September, 9.30–17.00 Uhr**  
Ärger will gelernt sein, Weiterbildung  
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

**Montag, 5. September, 9.30–17.00 Uhr**  
Verbandskommission Soziales  
Olten, Bahnhof

**Dienstag, 6. September, 16 Uhr**  
Sektionsvorstand VPOD Stadt & Institutionen  
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

**Dienstag, 13. September**  
Verbandskommission Pensionierte  
Zürich, Restaurant Falken

**Dienstag, 20. September, 17 Uhr**  
Regionalvorstand VPOD Region Zürich  
Zürich, VPOD Sekretariat (5. Stock)

**Samstag/Sonntag, 24./25. September**  
Abstimmungswochenende

### Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats

unter 044 295 30 00:  
Montag–Donnerstag: 9–12 Uhr und 14–16 Uhr  
Freitag: 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.



## Neuwahlen im Stiftungsrat

Der Stiftungsrat der Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) ist das oberste Organ. Es setzt sich paritätisch aus je neun Versicherten- und Arbeitgeber-VertreterInnen zusammen; die Amtsdauer beträgt jeweils vier Jahre. In sieben von acht Wahlkreisen sind die Kandidierenden der Verbände still gewählt worden. Im Sozialdepartement finden Ende August Wahlen statt.

Der Stiftungsrat bestimmt die Gesamtstrategie der Pensionskasse und überwacht sie, erlässt Reglemente, nimmt Geschäftsbericht und Jahresrechnung ab, überwacht periodisch die Anlagestrategie, wählt den Stiftungsaus-

schuss und die Anlagekommission und wählt die Geschäftsleitung der Stiftung, welche rund 37 000 aktiv Versicherte in 162 Unternehmen hat. Pensionsberechtigt sind rund 20 000 Menschen, deren Vermögen sich zusammen auf knapp 22 Milliarden Franken bezieht. Anfang Mai wurden die Versicherten aufgerufen, bis Mitte Juni weitere Kandidaturen einzureichen. Einzig im Wahlkreis «Sozialdepartement» ist eine weitere Kandidatur eingereicht worden, so dass es Ende August zu einer geheimen Wahl kommen wird. In den übrigen Wahlkreisen wurden die nominierten KandidatInnen der Personalverbände still gewählt.

Wahlkreis	Gewählt	Personalverband
Behörden, Allgemeine Verwaltung, Präsidiabteilung, Finanzdepartement	Sonja Mayer (neu)	VPOD
Sicherheitsdepartement	Simon Hirschi (neu)	PBV
Gesundheits- und Umweltdepartement	Silvia Rignoni (bisher)	VPOD
Tiefbau- und Entsorgungsdepartement, Hochbaudepartement	Simon Kraus (neu)	KPV
Departement der Industriellen Betriebe	Roman Burger (bisher)	VPOD
Schul- und Sportdepartement	Stephan Wild-Eck (bisher)	KPV
Angeschlossene Unternehmen	Jorge Serra (bisher) Mattia Mandaglio (bisher)	VPOD

### Resolution der Delegiertenversammlung VPOD/SSP

## Löhne rauf!

Die Inflation macht sich wieder bemerkbar, und zwar sehr stark (+3,6 Prozent Ende Juni 2022). Laut den Fachinstituten, allen voran der SNB und dem SECO, wird sich dieser Trend fortsetzen. Sie wirkt sich stark auf die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus. Schlimmer noch, diese Inflationszahlen berücksichtigen noch nicht einmal die angekündigte Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 8 bis 10 Prozent.

Die Situation lässt die Beschäftigten sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor das Schlimmste befürchten. Bisher haben die Gewerkschaften kaum reagiert. Für die Arbeitgeber läuft es hingegen sehr gut.

Allein im Jahr 2021 haben die 300 reichsten Schweizer ihr Vermögen um 115 Milliarden Franken gesteigert. Innerhalb eines Jahres ist ihr Vermögen um 16,3 Prozent gewachsen! Das ist weit, weit entfernt von den Erhöhungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewährt werden sollten, sei es im öffentlichen oder im privaten Sektor. Es ist also eine grosse Herausforderung, dass die Gewerkschafts-

bewegung den Kampf für die Indexierung der Löhne, Renten und auch der sozialen Mindeststandards in die Hand nimmt. Darüber hinaus ermöglicht der aktuelle Kontext – insbesondere die Erneuerung des GAV im Baugewerbe und der Streik bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben – eine Konvergenz der Kämpfe als Perspektive.

In Anbetracht dieser Tatsachen beschliesst die Delegiertenversammlung vom 25. Juni 2022:

- 1) Sie beschliesst, bis Herbst 2022 zu einem Mobilisierungstag in allen Regionen aufzurufen, mit dem Ziel, allgemeine Lohnerhöhungen durchzusetzen, die nicht nur die Inflation ausgleichen, sondern auch Realloohnerhöhungen, Rentenerhöhungen und Erhöhungen der sozialen Mindeststandards beinhalten.
- 2) So weit wie möglich, wird dieser Mobilisierungstag mit den Mitgliedsgewerkschaften des SGB koordiniert.
- 3) Erteilt dem Landesvorstand den Auftrag, das Datum und die Modalitäten der Mobilisierung bis Ende August festzulegen.

## Neue VPOD-Generalsekretärin

Natascha Wey (40) ist an der Delegiertenversammlung zur Nachfolgerin von Stefan Giger als Generalsekretärin des VPOD/SSP gewählt worden. Stefan Giger war seit 1989 beim VPOD und tritt nun in den Ruhestand. Natascha Wey hat sich in der Vergangenheit unter anderem für die Belange des ETH-Personals sowie der Beschäftigten in Wartung und Reinigung stark gemacht. Einen speziellen Schwerpunkt setzt sie bei der besseren Organisation stark weiblich geprägter Branchen, etwa der Kinderbetreuung und beim Dossier Gleichstellung.

Auch Kurt Altenburger, Zentralsekretär für den Bereich Nahverkehr, Forst und Wartung und weiterer Bereiche ist nach knapp 15 Jahren beim VPOD in den Ruhestand getreten. Micha Amstad ist sein Nachfolger.

Auf dem Zürcher VPOD-Regionalsekretariat kommt es ebenfalls zu einem Wechsel. Ezgi Akyol wird Fiora Pedrina ersetzen, die unter anderem die Mitglieder im Gesundheitsbereich in der individuellen und kollektiven Interessenvertretung unterstützt hat. Sie übernimmt die Aufgaben ab September in einem 70-%-Pensum.

## News aus Spitälern und Heimen

**Universitätsspital Zürich USZ: Der Neue.** Das USZ stattet den Ärztlichen Direktor mit mehr Kompetenzen aus. Malcolm Kohler, seit 20 Jahren am USZ tätig, zuletzt als Direktor der Klinik für Pneumologie und Ärztlicher Co-Direktor, wird die neue Funktion ausüben. Der bisherige Ärztliche Direktor, Jürg Hodler, wird pensioniert.

**Stadtspital Triemli mit Valens.** Am Standort Triemli betreiben die Kliniken Valens neu die «Ambulante Reha Triemli Zürich». Bis 2026 soll der Betrieb einer stationären Rehabilitation umgesetzt werden.

**Hirslanden: Die Neue vom USZ.** Per 1. August wird Martina Kleber Chefärztin des Instituts für Allgemeine Innere Medizin an der Klinik Hirslanden in Zürich. Kleber ist bisher Stellvertretende Klinikdirektorin und Leitende Ärztin in der Klinik und Poliklinik für Innere Medizin am Universitätsspital Zürich (USZ).

**Schulthess und Balgrist: Kooperation.** Die Schulthess Klinik und die Universitätsklinik Balgrist arbeiten in der Intensivmedizin künftig zusammen. Die beiden Kliniken sind bereits un-

terirdisch verbunden. PatientInnen der Schulthess Klinik, die intensivmedizinische Betreuung benötigen, finden ab Anfang 2023 in der Intensivstation der Universitätsklinik Balgrist Aufnahme.

**Spital Wetzikon: Ärzte gewinnen vor Gericht.** Das GZO Spital Wetzikon warf drei ehemaligen Ärzten vor, PatientInnen Daten missbräuchlich verwendet zu haben. Das Bezirksgericht Hinwil beurteilt dies aber völlig anders und gab den Ärzten recht. Es sprach alle Angeklagten frei. Es lasse sich nicht nachweisen, dass PatientInnen Daten widerrechtlich verwendet wurden. Die Auslegung und die Anwürfe seitens des Spitals seien «einfach nicht glaubhaft». Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig.

**Spital Männedorf: Niederlage vor Gericht.** Das Spital Männedorf erhielt für die abgesagten Eingriffe und Therapien während des ersten Lockdowns im Jahr 2020 rund 260 000 Franken Covid-Entschädigung. Das war dem Spital zu wenig, es verlangte über 800 000 Franken für den Ertragsrückgang und ging bis vor das Zürcher Verwaltungsgericht. Dieses hat die Forderung des Spitals nun abgewiesen.

### Städtisches Lohnsystem SLS

## Versprechen einlösen

**Das neue städtische Lohnsystem hat mindestens drei Vorteile. Die Stadt zahlt keine Löhne mehr unter Fr. 4200.–, die Lohnobergrenze ist in allen Funktionsstufen gestiegen und städtische Mitarbeitende stagnieren nicht mehr nach 15 Jahren nutzbarer Erfahrung, sondern können bis zu ihrer Pensionierung wachsen. Aber es hat auch viele Nachteile, wie die ersten Erfahrungen zeigen.**

Die Reaktionen von langjährigen Mitarbeitenden nach der Lohnrunde 2022 sind ernüchternd. Viele von ihnen wollen früher als geplant in den Ruhestand treten, weil ihre Erwartungen hinsichtlich der individuellen Lohnerhöhungen und der Möglichkeit zur Artikulation ihrer Erwartungen arg enttäuscht wurden. Statt einer angemessenen Kompensation für ihre seit 2008 stagnierenden Löhne haben sie nur marginale Lohnerhöhungen erhalten, die angesichts ihrer absehbaren Pensionierung keinen Anreiz bieten, der Stadt allenfalls bis zum ordentlichen Pensionierungsalter und darüber hinaus erhalten zu bleiben. Dabei handelt es sich um Beschäftigte aus dem Betreuungs- oder Gesundheitsbereich, aus dem Departement der Industriellen Betriebe, Grün Stadt Zürich und anderen Dienstabteilungen.

Ein 62-jähriger Trampilot mit über 41 Jahren Berufserfahrung (unfallfrei – und in den letzten 20 Jahren immer mindestens mit einer B-Bewertung – eine «deutlich übertroffene» Leistung) hat Einsprache gegen die Verfügung erhoben. Er hat eine individuelle Lohnerhöhung von 1,01 Prozent erhalten und erreicht damit bei einem 100-%-Pensum die jährliche Lohnsumme von rund Fr. 91 000.– (etwa Fr. 3000.– oder 4,6 Prozent tiefer als das Lohnband ermöglichen würde. Ihm wurde beim sogenannten Einigungsgespräch vermittelt, dass es keinen

Verhandlungs- oder Ermessensspielraum gebe und die getroffene Entscheidung zu akzeptieren sei. In seiner Einsprache moniert er die marginale Lohnentwicklung von 0,35 Prozent seit 2009 – trotz überdurchschnittlicher Leistungen und beantragt die Festsetzung eines höheren Lohnes, der seine individuelle Situation besser berücksichtigt und das Potenzial des städtischen Lohnsystems im Sinne der gesetzlichen Grundlagen stärker berücksichtigt.

Ausserdem zeigt sich in der Begründung der Verfügung des Trampiloten, dass die Beurteilungen der Ziel- und Beurteilungsgespräche (ZBG) weiterhin lohnwirksam sind, obwohl sowohl die Petition der städtischen Mitarbeitenden wie auch der Vorstoss der Alternativen Liste (AL) im Zürcher Gemeinderat explizit die Lohnwirksamkeit der Beurteilungen abschaffen wollte. Am Beispiel des Trampiloten zeigt sich auch, dass die Versprechen des Stadtrats im Jahr 2008, als die Regelung zur Festlegung von leistungsbezogenen Löhnen eingeführt wurde, nicht erfüllt wurden. Die Löhne vieler langjähriger Mitarbeitenden stagnierten seit 2009 – trotz guter und sehr guter Leistungen. Aufgrund von Sparmassnahmen und zurückhaltenden Investitionen in die Löhne durch den Zürcher Gemeinde- und Stadtrat. Sie haben durch ihren Verzicht zur aussergewöhnlich soliden Finanzlage der Stadt Zürich beigetragen. Wenn sie jetzt ihr Wissen und ihre Erfahrung weitergeben sollen, müssen sie mehr in den Fokus geraten. Denn in den nächsten fünf Jahren erreichen rund 13 000 städtische Mitarbeitende das pensionsfähige Alter – eines der grössten Risiken für die Stadt Zürich ist es, sie zu verlieren. Damit dies nicht passiert, müssen die PolitikerInnen der Stadt Zürich ein bisschen innovativer sein als bisher.

Duri Beer



Bezahlbare Ferien in Sessa – VPOD-Mitglieder haben Rabatt.

### Veranstaltungen

## Ausflug nach Sessa

Die Pensionierten der VPOD Region Zürich organisieren jedes Jahr viele Ausflüge, Wanderungen, Reisen, Veranstaltungen und Versammlungen. Der VBZ-Veteranenbund organisiert am 11. August einen Ausflug ins VPOD-Feriedorf Grappoli nach Sessa (Ticino) – mit dem öffentlichen Verkehr. Paul Graf nimmt noch bis zum 2. August

Anmeldungen entgegen unter 044 431 59 15 oder per Mail unter heidi.graf2@bluewin.ch. Einen Montag später, am 13. September, findet im Restaurant Falcone die Verbandskommission der Pensionierten aus der ganzen Schweiz statt.

Mehr Infos: [zuerich.vpod.ch/](http://zuerich.vpod.ch/) / ► **Mitmachen** / ► **Gruppen und Betriebe** / ► **Pensionierte**